



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

: Politische Briefe : 16. Die Trennung in der nationalliberalen Partei.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politische Briefe.

16. Die Trennung in der nationalliberalen Partei.

Jahrelang ist die Rede gegangen von dem Bestehen eines rechten und linken Flügels in der nationalliberalen Partei. Die Thatsache wurde jedoch bis in die jüngste Zeit immer mit großer Heftigkeit in Abrede gestellt. Nun hat am Ende jede Körperschaft das Recht, dreiste und indiscrete Behauptungen über Vorgänge in ihrem Innern abzulehnen. Für die Oeffentlichkeit sind nur die öffentlichen Handlungen der Körperschaft. Im vorliegenden Falle scheint es jedoch, als sei die äußere Gemeinschaft länger aufrecht erhalten worden, als es die wesentliche Verschiedenheit der politischen Ansichten erlaubt hätte. Der Mangel an Einheit und Zweckmäßigkeit in dem öffentlichen Handeln der Partei, der ihr von rechts und links Vorwürfe eintragen mußte, ist, wie man jetzt deutlich sieht, auf den lange im Innern bestehenden Gegensatz der Partei zurückzuführen.

Wir wissen nicht, wem die länger als gut fortgesetzte Gemeinschaft zur Last fällt. Jeder billige Beurtheiler wird im voraus zahlreiche Entschuldigungsgründe voraussetzen. Daß die Trennung endlich erfolgt ist, muß aber den Ausschcheidenden als Verdienst angerechnet werden, und alle Welt sollte unseres Erachtens darüber einig sein, daß diese Trennung ein durchaus nothwendiger Schritt war, ein einfacher Imperativ der politischen Moral.

Wenn nun der Schritt keineswegs in diesem Sinne einmüthig von der öffentlichen Meinung aufgenommen wird, so liegt dies, wie wir überzeugt sind, lediglich an der Art, wie der Schritt vollzogen worden ist. Gegen diese Art müssen auch wir den schwersten Tadel richten.

Der deutsche Liberalismus weist seit dem Jahre 1848, wo er zum ersten Male zum verantwortlichen Handeln auf der politischen Bühne die Möglichkeit erhielt, einen Gegensatz auf, der tief in der Natur aller politischen Parteikämpfe liegt. Erst in der letzten Zeit sind für diesen Gegensatz die classischen Bezeichnungen gefunden worden, und zwar ist die eine Bezeichnung aus der Termi-

nologie des spanischen Parteilebens entlehnt worden, das in seiner Terminologie merkwürdig glücklich ist, die andere Bezeichnung haben kürzlich die Franzosen gefunden. Die Ausdrücke sind Intransigentismus und Opportunismus. Die Weidenbuschpartei zur Zeit der Paulskirche und die nachherigen Gothaner waren Opportunisten, die Demokraten waren Intransigenten. Der Gegensatz zwischen Intransigenz und Opportunismus erscheint im Anfange regelmäßig als Unterschied der Methode, aber er bildet sich regelmäßig aus zum Gegensatz der Ziele. Die nationalliberale Partei, nach den Siegen von 1866 gegründet, traf den glücklichsten Zeitpunkt, eine populäre und fruchtbare Politik des Opportunismus einzuweihen. So glücklich war die Wahl des Zeitpunktes, so deutlich das Gebot der beginnenden Periode des Staatslebens, so groß die Macht des Ereignisses, aus welchem diese Periode sich entwickelte, daß auch viele intransigente Naturen in die opportunistische Partei eintraten.

Aus zwei Eigenschaften geht die Intransigenz hervor, die gewöhnlich zusammenwirken, von denen aber schon jede allein den Intransigenten macht: Beschränktheit der Bildung und Unzugänglichkeit des Temperaments. Der Opportunismus seinerseits wird in eine klägliche Rolle sinken, wenn er sich nicht über unselbständige Gelegenheitspolitik erhebt. Aus den Thatfachen und Mächten, denen gegenüber er sich nicht intransigent verhält, muß er ein tieferes Verständniß der Lage der Zeit und des Volkes gewinnen, wie es die Grundfälle, von welchen er ausging und welche die Intransigenten festhalten, nicht enthalten haben. So bleibt der Opportunismus nicht der Diener der Macht, sondern er erlangt die geistige Freiheit, die selbständige Productivität wieder, während der Intransigentismus erst zurückbleibt, dann aber der radicalen Negation verfällt.

In der nationalliberalen Partei vollzieht sich nichts anderes als das leider weit über Noth und Gebühr verspätete Ausscheiden der intransigenten Elemente. Der Hauptschaden, den der Aufschub der Trennung herbeigeführt hat, scheint uns in dem Aufenthalte zu liegen, welcher der Arbeit des Opportunismus in der Vertiefung der öffentlichen politischen Einsicht bereitet worden ist.

Der deutsche liberale Opportunismus hat eine Thatfache geistig zu bewältigen, wie sie den opportunistischen Richtungen in anderen Zeiten und Nationen noch niemals vorgelegen hat, das ist die welthistorische Wirksamkeit des Fürsten Bismarck. Die liberalen Opportunisten, welche glücklicher und verdienter Weise sich den Namen Nationalliberale durch die Intransigenten nicht haben entreißen lassen, diese patriotischen Opportunisten also sollen nicht die unselbständigen Diener der Politik eines großen Mannes nach ihren täglichen, selbst opportunistisch wechselnden Anforderungen werden, sondern sie sollen den Erwerb der großen Wirksamkeit verstehen und geistig verwerthen; sie sollen begreifen und

das Volk belehren, daß das erfolgreiche und gigantische Unternehmen, auf dem tausendjährigen, so reichen, aber so apolitischen Volksboden der deutschen Natur eine politische Nationalität zu schaffen, durch seine Mittel wie durch seine Gegenwirkungen, durch die neue Erscheinung, welche in dem Stadium jenes Unternehmens die nationalen wie die feindlichen Kräfte darbieten, einen neuen Gedankenkreis hervorruft. Die nationalen Opportunisten mögen den Fürsten Bismarck bekämpfen, wo ihre Ueberzeugung es gebietet, aber sie mögen es thun aus dem eigenen Gedankenkreise des Staatsmannes heraus, mit dem sie sich eins fühlen, aber nicht aus dem alten liberalen Dogma heraus.

Die Intransigenten, sowohl die, welche vor kurzem noch in der national-liberalen Partei waren, wie diejenigen, welche sich der Partei niemals angeschlossen, betrachten die Wirksamkeit des Fürsten Bismarck als eine Episode. Den Fortschrittlern erschien diese Episode von Anfang an bis heute unwillkommen, den ehemaligen Nationalliberalen erschien sie förderlich, und sie glaubten, am Ende der Episode werde ihre Zeit kommen. Nun dauert es ihnen zu lange, sie fürchten das Dogma werde unheilbaren Schaden leiden, und entschließen sich, aus dem opportunistischen Verband auszutreten. Der Entschluß ist sehr lobenswerth, aber die Art, wie er ausgeführt worden, muß vom Standpunkte der politischen Moral schwerem Tadel unterliegen.

Unter heftigem Unwillen der Bezeichneten sind die intransigenten Elemente der nationalliberalen Partei von der Regierungspresse längst als fortschrittliche Nationalliberale bezeichnet worden. Aber jeder ehrliche und gesunde Mensch muß die völlige Correctheit dieser Bezeichnung anerkennen. Die austretenden Intransigenten mußten einfach der Fortschrittspartei beitreten. Daß dies nicht geschehen, dafür lassen sich keine anderen als tadelnswerthe Motive entdecken. Zwei Motive liegen ziemlich zu Tage. Erstens: die austretenden Herren, die bedeutenden unter ihnen, wollen selber führen und nicht von Herrn Eugen Richter geführt sein. Und da redet man von dem Ende, das der Cliquenwirthschaft gemacht werden müsse! Dieses erste Motiv ist nicht politisch stichhaltig, aber es ist sehr menschlich. Das zweite Motiv ist auch menschlich, aber noch weniger moralisch als das erste. Man will eine möglichst große Wählerchaar gewinnen, und die Fortschrittspartei ist durchaus nicht populär. Mußte sie doch ihr vorjähriges Feldgeschrei: „Fort mit Bismarck“ um der Unpopularität willen einstellen und lächerlich verleugnen. Aber die Wähler haben das Feldgeschrei nicht vergessen, der deutsche Volksinstinkt ist klug genug, zu merken, daß dieses Feldgeschrei der unvermeidliche, wahre Gedanke der Fortschrittspartei ist, und der deutsche Volksinstinkt ist moralisch genug, eine Partei um so weniger zu achten, je mehr sie ihre Gedanken verleugnet. Die eine Zeit lang widerwilligen Opportunisten, nun als Intransigenten des liberalen Dogmas ent-

puppten Nationalliberalen scheuen jene Unpopularität. Sie lieben die fortschrittliche Küche, aber nicht die fortschrittlichen Köche, sie möchten dem deutschen Volke die fortschrittliche Speise einflößen, aber sie möchten sie selber kochen. Und weil sie fürchten, daß das deutsche Volk diese Speise nicht mag — als „Gefinnungsniedertracht“ bezeichnete Herr Eugen Richter neulich den Widerwillen gegen diese Speise — so geben sie der Speise, die sie bereiten wollen, alle möglichen Namen, die sie auf der politischen Speisefarte finden, nur nicht den richtigen. Dieses Unternehmen, wenn wir irgend richtig beurtheilen, was in den Köpfen unseres Volkes vorgegangen ist und noch vorgeht, muß kläglich scheitern.



Virunum.

Ruinen zu sehen ist uns etwas beinahe Alltägliches und regt nur in seltenen Fällen zu tiefer gehenden Betrachtungen an. Anders schon wirkt die Vorstellung, daß da, wo jetzt nur Feld und Wiese und Wald sich breiten, einst in den Häusern und Straßen einer Stadt sich ein buntes, mannigfaches Leben geregelt habe. Denn kaum faßbar erscheint uns, die wir an die Stetigkeit des Culturfortschritts gewöhnt sind, der Gedanke, unsere Städte könnten dereinst in Schutt und Trümmer sinken, und das melancholische Zukunftsbild, daß Macaulay entwirft, indem er uns einen Bewohner Neu-Seelands vorführt, der von den halbzerstörten Pfeilern der Londonbrücke hinüberschaut nach dem letzten geborstenen Bogen von St. Paul inmitten eines ungeheuren Ruinenfeldes, den Resten der Weltstadt, die einst London hieß, dies Bild gilt uns für wenig mehr als für das Spiel einer geistreichen Phantasie. Und sieht man näher zu, so sind wirklich die Beispiele gänzlicher Verödung bedeutender Städte — kleine Niederlassungen können überall leicht verschwinden und sind in allen stürmischen Zeiten untergegangen — keineswegs so gar häufig. In den antik-classischen Ländern überwiegt die Zahl derjenigen Orte, die an derselben Stelle unter wenig veränderten Namen fortbauern, doch bei weitem die der verschwundenen. Niemals ist also hier die Continuität der Bevölkerung völlig unterbrochen, das Andenken an die Vergangenheit völlig ausgelöscht worden. Auch in den einst römischen Gegenden Deutschlands, in den Rhein- und Donaugebieten, bildet dies die Regel. Die römischen Festungen zwar versielen naturgemäß gewaltfamer Zerstörung oder allmählicher Verödung mit dem Untergange des Reiches, das